

Ressort: Politik

Zeitung: Kauder rechnet mit Gesetz zu Homo-Ehen noch vor der Sommerpause

Berlin, 23.02.2013, 14:19 Uhr

GDN - Der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Volker Kauder (CDU), geht offenbar davon aus, dass es ein Gesetz zur Gleichberechtigung von Homo-Ehen noch vor der Sommerpause des Bundestages geben wird. Das erfuh die "Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung" aus Koalitionskreisen.

Mit Blick auf das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Paare sagte Kauder der F.A.S.: "Es ist selbstverständlich, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden muss und umgesetzt werden wird." Der Fraktionsvorsitzende fügte hinzu: "Dabei werden wir auch prüfen, ob daraus auch steuerrechtliche Konsequenzen resultieren." Das zielt auf das zu erwartende Urteil zum Ehegattensplitting für homosexuelle Partnerschaften. Offenbar rechnet man in der Unionsfraktion damit, dass dieses Urteil noch vor der Bundestagswahl gefällt wird und will vermeiden, dass die Angelegenheit zum Thema des Wahlkampfs wird. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) äußerte sich am Samstag nicht zu der überraschenden Wende der Bundestagsfraktion von CDU und CSU. Ein Regierungssprecher sagte der F.A.S., die Regierung prüfe, wie sie den Urteilsspruch des Verfassungsgerichts zu Sukzessivoptionen umsetze: "Darüber hinausgehende Überlegungen im Parlament kommentieren wir nicht." Widerstand gegen die plötzliche Wende der Unionsfraktion kommt hingegen aus den Ländern. Der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU und stellvertretende Bundesvorsitzende Armin Laschet sagte der F.A.S., wie die Menschen lebten, gehe den Staat nichts an. "Nichtdiskriminierung heißt nicht, dass der Staat jede Lebensform fördern muss. Wer alles fördert, fördert am Ende gar nichts", sagte Laschet. Es sei wichtiger, Kinder im Steuerrecht stärker zu fördern, als gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Deshalb müsse das Ehegattensplitting zum Familiensplitting weiterentwickelt werden. Mit Blick auf den Beschluss des CDU-Bundesparteitags vom Ende des vorigen Jahres, in dem sich die Gegner einer weitgehenden Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften durchgesetzt hatten, sagte Laschet: "Ich erkenne nicht, dass man wegen eines sehr speziellen Urteils zu Sukzessivoptionen den gesamten Bundesparteitagsbeschluss kippen muss."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-8275/zeitung-kauder-rechnet-mit-gesetz-zu-homo-ehen-noch-vor-der-sommerpause.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

